

Arbeiterstimme

Zageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Dillachien

Verleger: J. B. Metzger, Berlin, Unter den Eichen 7. Preis: 10 Pf. Bezugspreis: 1,20 M. (30 Heften) für die Provinz. Einzelhefte 4 Pf. Adressen: Berlin, Unter den Eichen 7. Tel. 30 55 55. Leipzig, Mühlentorgasse 1. Tel. 2 40 33. Hamburg, Neudeich 2. Tel. 2 28 11. Köln, Marienstraße 2. Tel. 2 28 11. Breslau, Brüderstraße 2. Tel. 2 28 11. Düsseldorf, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Frankfurt a. M., Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Gießen, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Halle, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Magdeburg, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Nürnberg, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Regensburg, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Stuttgart, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Weimar, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11. Wiesbaden, Wallstraße 2. Tel. 2 28 11.

1. Jahrgang Dienstag, 23. Juni 1925 Nummer 59

Her mit der Bollamnestie!

Gammelt dafür Millionen Unterschriften!

Werttätige in Stadt und Land!

Die Reichsregierung will keine Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen! Was sie an ihrer Stelle dem Reichstagen vorbringt, ist eine infame Verhöhnung unter Herabwürdigung. Von den 7000 politischen Gefangenen werden höchstens 800 aus den Gefängnissen entlassen werden. Die übrigen sollen weiter in den Zuchthäusern und Gefängnissen der deutschen Republik einem barbarischen Strafvollzug überliefert bleiben.

Arbeiter, Klassenossen!

Das dürft ihr nicht zulassen! Säumt keine Stunde! Laßt eure Brüder in den Gefängnissen nicht im Stich! Durch einen gewaltigen Massenprotest, durch Verammlungen und Demonstrationen müßt ihr einen einmütigen Willen nach der Freilassung aller politischen Gefangenen erheben und mit verstärkter Kraft zum Ausdruck bringen. Ihr müßt diesen Willen durch Delegationen sofort der Regierung und den Parteien übermitteln. Es ist höchste Eile geboten! In diesen Tagen müßt die Regierung durch den Reichstag ihren Amnestiebetrag vollenden lassen.

Aber nicht nur als Gesamtheit müßt die werttätige Bevölkerung jetzt mit höchster Energie die Bollamnestie fordern, sondern auch jeder einzelne müßt jetzt mit seiner ganzen Person dieser Forderung nachdrücklich beistehen. Der Zentralvorstand „Rote Hilfe Deutschlands“ hat deshalb beschlossen:

Bei der Bollamnestie:
eine große Unterschriftenjagd im ganzen Reich durchzuführen, bei der jeder einzelne durch seine eigenhändige Unterschrift die Forderung nach der Bollamnestie unterstützen soll.

Werttätige in Stadt und Land!
In kurzer Zeit müßt es möglich sein,
Millionen von Unterschriften
für diese Forderung zusammenzubringen, die den Regierungen im Reich und in den Ländern unterbreitet werden

sollen. Jeder von euch müßt sofort seine Unterschrift leisten und für die Einlammlung weiterer Unterschriften tätig sein.

Mit appellierten an die Vorstände und Funktionäre aller Arbeiterorganisationen, an alle Betriebsräte und Betriebsleiter, daß sie in den Organisationen und Betrieben die Unterschriftenlisten der „Roten Hilfe“ sirkulieren lassen.

In allen Wohnungen der Werttätigen müßt in diesen Tagen mit der Einlammlung der Unterschriften begonnen werden.

Die Jugendorganisationen und Sportvereine fordern wir auf, an den nächsten Sonntagen auf das Land zu gehen, um dort bei der Wanderversammlung die Amnestieforderungen unterzeichnen zu lassen.

So müßt die Unterschriftenjagd zu einer **tatkräftigen Unterzeichnung der Forderung für die Bollamnestie** werden!

Unter ihrem Druck müssen die Regierungen und die Parteien gezwungen werden, eurer Forderung nachzugeben. Der Amnestiebetrag müßt an dieser Bewegung scheitern.

Alle unterschriebenen Listen sind sofort an die auf den Listen angegebenen Adressen zu schicken. Neue Listen sind, wenn keine andere Bezugsadresse bekannt ist, von dem Zentralbureau der Roten Hilfe Deutschlands, Berlin RW 7, Dortheenhof 77/78, anzufordern.

Arbeiter, Klassenossen!

Sammelt den politischen Gefangenen!

Die Sammlung von Unterschriften müßt gleichzeitig zur Werbung für die „Rote Hilfe“ benutzt werden. Kräftigt ihr Hilfswerk für die politischen Gefangenen und deren Angehörige!

Schafft Rote Hilfe!
Kämpft für die Bollamnestie!
Heraus mit den politischen Gefangenen!

Berlin, den 20. Juni 1925.

Zentralvorstand Rote Hilfe Deutschlands.

Arbeiterdelegation nach Rußland Ein bedeutsamer Anfang

Von Werner Scholten

Während die offiziellen Stützen des ADGB und der SPD, bis zu den Linken der Linken, Paul Post und Egdewitz, sich in antihilfswirtschaftlicher Hege überließen, macht sich in den letzten Wochen tief unten in der Arbeiterklasse eine Bewegung bemerkbar, welche von der größten Wichtigkeit ist. Viele sozialdemokratische Arbeiter, die sich trotz aller Irreführung durch ihre Führer noch immer auf den alten Boden des Klassenkampfes glauben, fangen allmählich an, den ewigen Schimpfen über Rußland Zweifel gegenüberzustellen. Das Verhalten der englischen oppositionellen Gewerkschaften, der Bericht über die englische Delegation über Rußland und die unerträgliche Aufklärungsbildung der kommunistischen Opposition im ADGB, begannen eine Wende in den Wall der Eile und Verleumdung zu schlagen, welcher breite Massen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder von dem Heere des revolutionären Proletariats trennt.

Natürlich zeigt sich diese Entwicklung noch nicht bei den Wahlen zu Verbandsorganen und zum Gewerkschaftskonferenz. Aber sie zeigt sich in der geradezu elementaren Bewegung unter der Arbeiterklasse großer deutscher Bezirke, deren Ziel dahin geht, Vertrauensmänner aus ihrer eigenen Mitte nach Rußland zu entsenden, um endlich einmal unbefleht die Verhältnisse in diesem ersten Arbeiterstaate der Welt zu beurteilen.

Nachdem schon monatelang hier und da von Betriebs- und Gewerkschaftsverammlungen Resolutionsentscheidungen gefaßt worden waren, die den Wunsch ausdrückten, über die russischen Verhältnisse durch Delegierte informiert zu werden, ist nunmehr diese Bewegung in ein bedeutendes Stadium eingetreten. Die Forderung der „Willems-Werte“ in Veningrad, des größten russischen Metallbetriebes, hat eine offizielle Einladung an die deutschen Arbeiterbetriebe, bei einer offiziellen Einladung in den ersten Arbeiterbetriebe in den Betrieben gelandt, in welcher es heißt, daß die russischen Arbeiter bereit sind, deutschen Arbeitern ohne Unterschied der Partei in Rußland Gastsfreundschaft zu gewähren und ihnen jede nur mögliche Unterstützung über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Rußland zu verschaffen.

Die Einladung der Willems-Werte hatte zur Folge, daß bereits in Mitteldeutschland spontan in Betriebsverammlungen Delegierte gewählt wurden. Es bildete sich daraufhin in den letzten Tagen in Berlin ein „Arbeiterkomitee für Delegationsnach Rußland“, an dem Berliner Betriebsräte und ein Vertreter des Bundes der Freunde der US, beteiligt sind. Dieses Komitee übernahm die notwendigen technischen Vorbereitungen für eine Reise nach Rußland, die im Juli stattfinden soll. Verhandlungen mit den russischen Genossen ergaben, daß die Zahl der Delegation deutscher Arbeiter, die im Juli auf mehrere Wochen Kompletzurlaub bereiten wird, auf 60 festgelegt wurde. Die Verteilung auf die einzelnen Bezirke wurde so vorgenommen, daß gerade diejenigen Bezirke bevorzugt wurden, in denen sich die Bewegung bereits spontan entwickelt hatte.

Nachdem die Bewegung ein festes Ziel bekommen hatte, entwickelte sie sich außerordentlich. Im Bezirk Erzgebirge-Bogtaland werden große Gewerkschafts- und Delegationsverammlungen abgehalten, in denen sozialdemokratische Betriebsräte und sozialdemokratische Gewerkschaftsangehörige ganz offen erklären, daß sie selber leben und urteilen wollen, was in Rußland geschieht. Nicht weniger als acht sozialdemokratische Arbeiter sollen aus dem Chemnitzer Bezirk nach Rußland fahren. Die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften und Gewerkschaften hatten sich mit richtigem politischen Instinkt zurück, da kommunistische Arbeiter durch ihre ganze Weltanschauung bereits unauflöslich mit dem proletarischen Rußland verbunden sind. Die sozialdemokratischen Betriebsräte, Funktionäre und Gewerkschaftsangehörigen sollen selbst leben, prüfen und urteilen. Die sozialdemokratischen Delegierten des Chemnitzer Bezirkes sind durchweg sehr einflussreiche Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, alles Arbeiter, die imstande sind, nach ihrer Rückkehr über ihre Eindrücke zu schreiben und zu referieren, solche Proletarier, welche begreifen, das antihilfswirtschaftliche Gehirne ihrer Führer für bedenklich zu halten.

Rechnlich geht es in anderen Bezirken. Wenn nicht die Zahl der Delegierten auf 60 beschränkt wäre, so könnte das Arbeiterkomitee mehrere hundert sozialdemokratische Arbeiter schon jetzt nach Rußland schicken. Bemerkenswert ist dabei, daß jeder Delegierte von der Delegationsleitung oder der Gewerkschaft, die ihn delegiert, für die Reise finanziert werden muß. Obwohl die Willems-Arbeiter volle Gastsfreundschaft für die deutschen Proletarier anbieten, hat das Berliner Arbeiterkomitee beschlossen, daß die deutschen Arbeiter ihre Delegierten selbst bezahlen, damit jedem böswilligen Gerücht antihilfswirtschaftlicher Geh-Rede in SPD-Kreisen die Spitze abgebrochen wird.

Da die Wahlen der Delegierten in großen Betriebs- und Gewerkschaftsverammlungen stattfinden, so werden hinter den 60 deutschen Arbeitern Hunderttausende von Proletariatsmenschen stehen, die nach der Rückkehr den Bericht erwarten. Es zweifeln nicht daran, um so mehr, als unter den 60 Delegierten wahrscheinlich über 50 Sozialdemokraten sein werden, daß diese Arbeiterreise nach Rußland Hunderttausenden von Arbeitern, die Rußland bisher feindlich oder zweifelnd gegenüberstanden, zeigen wird, das auch die deutsche Arbeiterklasse ebenso wie die englische in dem ersten Arbeiterstaate der Welt einen Hort proletarischen Fortschritts finden muß. Die Bewegung für die Gewerkschaftsvereine wird dadurch sehr gefördert werden.

Es ist die Aufgabe aller kommunistischen Arbeiter, dafür zu sorgen, daß überall zu den Arbeiterdelegationen Stellung genommen wird und daß den sozialdemokratischen Kollegen die

Gegen Zollwucher und Steuerraub!

Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Volksversammlung der Großberliner Betriebsräte erließen gestern etwa 1000 Betriebsräte. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich dem Verlangen der Arbeiterkollegen und der offenen Aufruf der KPD, an den ADGB, zur Mobilisierung der Massen gegen Zoll und Steuerpolitik anzuschließen und den Vorstoß auf einen Volksentscheid gegen die Zollgeleihe begrüßt. Die Verammlungen erklären sich in der Resolution für einen Demonstrationsstreik als letztes Mittel. Die Resolution fordert auch Vollamnestie und Kampf für Gewerkschaftsvereine. Eine zweite Resolution appelliert an die deutschen Arbeiterklasse zur praktischen Unterstützung der chinesischen Volksbewegung.

Der „Vorwärts“ antwortet

Der Abend-„Vorwärts“ nimmt zu unzulässigen Aufstellungen an die SPD, vorzugehen, was sie im Jullampf zu tun gedankt. „Stellung“. Er behauptet sich darüber, daß sich die Kommunisten angeblich darauf beschränken, der Sozialdemokratie in freiesprechendem Ton Vorhaltungen zu machen und ihren Feinden einzureden, dem Sozialdemokraten sei schon wieder mal drauf und dran, Arbeiterinteressen schändlich zu verraten. Die Sozialdemokraten werden sich erlauben, ihren eigenen Kopf zu haben. Die Sozialdemokratie werde sich ihren Weg selber suchen und ihn der gegebenen Lage anpassen. Raufschläge, die man ihr erteilt, werde sie prüfen, gegenüber denen von kommunistischer Seite aber etwas vorfichtig sein. Die Sozialdemokratie habe den Willen zum Kampf und stehe die Massen. Die Kommunisten als kleine Kinderchen müßten die Sozialdemokratie vorbehaltlos unterstützen, und dürften nicht nach der Farbe des Westwunders dienen, indem sie der Sozialdemokratie in den Rücken sitzen.

Auf die letzten Aufforderungen der KPD, den gemeinsamen Kampf gegen den Zollwucher zu führen, parlamentarische Chikanen und aufernehmliche Kampfmittel, Volksentscheid und Streik anzuhängen, antwortet der „Vorwärts“ ausweichend, freundschaftlich bedauernd, daß die SPD, will keinen ernstlichen Kampf gegen den Zollwucher. Sie ist bereit, seinen Einfluß auf die Belastung der Arbeiter zu mindern. Gerade aber jetzt ist es notwendig, diese Sicht zu schließen. Gerade aber jetzt ist es notwendig, diese Sicht zu schließen. Gerade aber jetzt ist es notwendig, diese Sicht zu schließen.

Das Reichsverwaltungsmittelteil der Preisse mit, daß die Gefahr, daß die wichtigsten Lebensmittel im Preise in wüthender Zeit steigen.

nicht von der Hand zu weisen sei. Die Ernte sei nur mittelwichtig ausgefallen, die Fleischpreise seien bereits gestiegen, Löhne und Gehälter würden folgen und im Herbst dürften auch die Weizenpreise ansteigen. Die Anterapropheie mache sich bereits auch bei den Futternotierungen bemerkbar.

Freisetzungen auf der ganzen Linie. Vereinfachung des Proletariats in immer höherem Maße erwartet die Arbeiter. Dazu kommt die allgemeine Unternehmeroffensive, die Löhne zu drücken. So sind im Rheinland weitere 1000, in Bonn 500 polyardbeiter ausgesperrt worden. Die Arbeiterklasse auf ein solches Ausweichen der SPD-Burenkratte nicht dulden, sie müßt selbst die Einheitsfront herstellen

gegen den Steuerraub,
gegen den Zollwucher,
für ausreichende Löhne und den Maßstabentag.



Eine Diebesbeirat in Preußen.

SLUB
Wir führen Wissen.